

Ein Haus von Österreichs janusköpfiger Zeitgeschichte
(unveröffentlicht)

Das „Gedankenjahr 2005“ ist – gemessen an den Intentionen seiner Erfinder, eine neue konservativ-österreichische Erfolgsstory zu produzieren – in vielem ein Flop geworden, doch hat es anscheinend indirekt Bewegung in die seit langem verfahrenere Geschichtspolitik gebracht. Nach den in unterschiedlichem Maße ge- bzw. misslungenen Ausstellungen vom Belvedere bis zur Schallaburg hat Bundespräsident Fischer zwei wichtige Schritte gesetzt:

Erstens, er hat in seiner Neujahresansprache und danach mehrfach die Wichtigkeit eines „Hauses der österreichischen Zeitgeschichte“ und dessen Überparteilichkeit und Wissenschaftlichkeit eingemahnt.

Zweitens, am 10. 4. 2006, hat er in einem Interview im „Standard“ unterstrichen, wie breit die Zustimmung der österreichischen Bevölkerung zum NS-Regime beim „Anschluss“ und im Krieg gewesen ist. Die „Opferthese“ der Zweiten Republik entspreche daher nicht der historischen Wahrheit, bei aller Anerkennung der Leistungen des Widerstandes und des Ausmaßes der politischen Verfolgung. Damit sind auch die weitaus zahlreicheren Opfer rassistischer, nationalistischer und eugenischer Verfolgung bis vor wenigen Jahren zu kurz gekommen.

Vom ursprünglichen Glauben an diese „Opferthese“, die auch viele Verfolgte noch nach 1945 subjektiv für wahr gehalten haben, hat sich auch Heinz Fischer nicht ausgenommen und er hat damit ein bemerkenswertes Einbekenntnis abgegeben, das auch bei anderen Spitzenpolitikern des heutigen Österreich Nachahmung verdient. Aus einer solchen verzeichnenden Sicht haben sich manche Versäumnisse und Verirrungen der österreichischen Politik ergeben, von der Affäre Waldheim bis zu manchen irritierenden PolitikerInnen-Worten aus Kärnten oder während der Rückgabe der Klimt-Bilder.

So ist die ursprünglich konsensstiftende und nationsbildend gewesene „Lebenslüge“ von Österreich als dem „ersten Opfer des Nationalsozialismus“ offiziell obsolet und die ehemals bahnbrechende Sowohl-als-Auch-Formel Bundeskanzler Vranitzkys von 1991 (Österreich als Staat „Opfer“, viele Österreicher als „Täter“) entscheidend modifiziert worden. Eben zu diesem Schluss waren aufgrund ihrer Forschungen seit 30 Jahren auch österreichische Zeitgeschichtler gekommen, zunächst wenige, dann immer mehr.

Die zweite Stellungnahme Heinz Fischers zusammen mit der erstgenannten, von den österreichischen Politikern ernsthaft befolgt, macht durchaus Sinn für einen dazwischen erfolgten Schritt, den Bundeskanzler Schüssel im März gesetzt hat, indem er Bildungsministerin Gehrler und Verteidigungsminister Platter beauftragt hat, konkrete Vorbereitungen zu einem „Haus der Geschichte der Republik Österreich im 20. Jahrhundert“ einzuleiten. Darin scheinen sich die schon seit einem Jahrzehnt immer wieder diskutierten Pläne konkret zu verdichten. Ein Projekt, das zunächst nur als Selbst-Beweihräucherung der regierenden Kräfte gedacht sein mochte, kann nun nicht mehr an der geänderten Geschichtssicht vorübergehen, sofern es finanzielle bedeckbar und den nächsten Regierungswechsel überstehen wird; es darf und kann die höchst problematischen Aspekte der österreichischen Zeitgeschichte ausklammern oder schön-reden. Die NS-Zeit, die vorausgehende autoritäre Diktatur und beider Langzeitfolgen werden museal dargestellt

werden müssen, in wünschenswerter inhaltlicher Klarheit und in höchster gestalterischer Qualität.

Zwar scheinen die Startbedingungen eines solchen „Hauses der Zeitgeschichte“ durch mancherlei regierungspolitische Vorgaben nicht ideal zu sein, doch das vierköpfige Gründungsteam unter der Leitung von Günter Dürigl (früher Wien-Museum), das den Initiator und Schlüssel-Vertrauten Stefan Karner (Univ.-Prof. in Graz) einbindet, will Voraussetzung schaffen, dass dieses Projekt nun ernst genommen werden kann. Auch viele universitäre Zeitgeschichtler, die sich bisher teils von einer hagiographischen Politik distanzieren wollten, teils in selbstverschuldeter Abseitsstellung befunden haben, können nun daran teilnehmen. Dieses Museumsprojekt hat so begonnen, die für alle bisherigen Pläne beobachtbare esoterischen Vorgangsweise zu überwinden, und ein erweitertes wissenschaftliches Komitee wurde gebildet, dem nun schon rund 20 Historiker und Historikerinnen, darunter auch der Verfasser, angehören.

Konsens scheint in diesem Komitee zu bestehen, dass ein solches Zeitgeschichtemuseum vom Fundus der größten Ausstellungen des Jahres 2005 ausgehen, aber auch andere Bestände, möglicherweise in wechselnden Ausstellungen, fokussierend präsentieren sollte; ferner, dass es zeitlich zur Gegenwart hin offen sein soll, unterschiedlichste Themen sowie zeit- und sozialgeschichtliche Zugänge, aber auch weltanschauliche Sichtweisen zu repräsentieren habe, ohne – hoffentlich – in die alte „Koalitionsgeschichte“ oder in religiös gefärbte „Meistererzählungen“ zu verfallen. Angedacht sind auch multimediale Gestaltung, Oral History und Einrichtungen zur wissenschaftlichen Begleitforschung, was jedoch kein „zeitgeschichtliches Zentralinstitut“ bedeuten darf.

Die zeitliche Vorgabe für das Komitee, in „atemberaubender Geschwindigkeit“ bis Mai ein inhaltliches Konzept fertigzustellen, mag zwar dem Wahl-Fahrplan der Regierung Schlüssel entsprechen, wird sich allerdings kaum mit der gewünschten Qualität vereinbaren lassen. Auch der bereits als präferiert kundgetane Ort dieses Zeitgeschichte-Museums wäre inakzeptabel, weil gerade ein falsches Zeichen setzend: das Heeresgeschichtliche Museum, Symbol des vordemokratischen Habsburgerstaates und von dessen autokratischer Militärklasse. Ebenso wenig wie jede österreichische Nationstümelei internationalen Museumsmaßstäben entsprechen könnte, kann es ein (wie hier vor nicht langer Zeit gefordert) Europa-hudelndes kulturgeschichtliches Allerlei sein. Nur eine geschichtswissenschaftlich getragene und die Konflikte der österreichischen Zeitgeschichte, die die Querbezüge zum Europa des 20. Jahrhunderts ohne Scheu offen legt, wird auch internationale Beachtung und Zustimmung finden.

Bundespräsident Fischer könnte den Trend in diese Richtung noch absichern und verstärken, wenn er sich bei gegebenem Anlass durchringen könnte, so, wie es der französische Staatspräsident seit 1995 mehrfach getan hat, für Österreich zum Ausdruck zu bringen, dass sein Land als Ganzes (unabhängig von staatsrechtlichen Konstruktionen) Mitverantwortung für den Nationalsozialismus und die Verfolgung der Juden trägt.